



## Niederschrift

### 26. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 14.03.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

---

#### Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Blume, Marie	SPD	anwesend bis 19:00 Uhr (TOP 3)
Frau Geywitz, Klara	SPD	Sitzungsleitung
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:20 Uhr (TOP 3)
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE. PDS	
Frau Basekow, Angela	SPD	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE. PDS	
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE. PDS	
Frau Kirchner, Monika	BürgerBündnis	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	

#### Nicht anwesend sind:

Frau Jensch, Sun	entschuldigt
Herr Puschmann, Wolfgang	entschuldigt

#### **Tagesordnung:**

##### Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 14.02.2006
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Bericht der PAGA - Rückblick und Ausblick

- 4 Berichterstattung orientiert an Sozialräumen  
Vorlage: 06/SVV/0092  
Verfasser: Fraktion DIE LINKE. PDS
- 5 Bilanz der PAGA  
Vorlage: 06/SVV/0093  
Verfasser: Fraktion DIE LINKE. PDS
- 6 Mitteilung über außer- und überplanmäßige Ausgaben des Fachbereiches Soziales,  
Wohnen und Senioren sowie des Bereiches Gesundheitsamt im Zeitraum 01.01.2005 -  
31.12.2005  
Vorlage: 06/SVV/0177  
Verfasser: Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umwelt-  
schutz
- 7 Bürgerhaushalt 2006 - Liste der Bürgerinnen und Bürger  
- Wiedervorlage -
- 8 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Geywitz.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Schulze fragt, ob die Verwaltung zu Ehrenamtlichkeit informiert und verweist auf einen entsprechenden Pressartikel in der heutigen Ausgabe der PNN. Dies sollte möglichst in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses thematisiert werden.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### **zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 14.02.2006**

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 3

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

## zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Die Verwaltung hat keine Mitteilungen.

## zu 3 **Bericht der PAGA - Rückblick und Ausblick**

Frau Sudau gibt Erläuterungen zu den ausgereichten Unterlagen. Sie weist auf die schwierige Ausgangssituation bei der PAGA hin. Zu Beginn der Arbeit der PAGA gab es dort ca. 100 Mitarbeiter, jetzt hat die PAGA ca. 150 Mitarbeiter, die pro Monat etwa 2.300 Anträge zu bewältigen haben. Sie weist auch darauf hin, dass ab August 2005 enorm viele Überstunden geleistet wurden, um die Antragsrückstände abzuarbeiten. Ebenso konnten die Barzahlungen gesenkt werden. Das Jugendkonzept hat sich gut bewährt. Ziel ist es, die Zahl der Arbeitslosen weiter zu senken.

Herr Ernst gibt eine kurze Erläuterung zur Tischvorlage bezüglich der Fragen der Fraktion Die Linke.PDS. Er weist auf den Runden Tisch hin, der einmal monatlich tagt. In der Sitzung am 10.03.2006 wurde auch das Thema angemessener Wohnraum behandelt. Im Ergebnis des Runden Tisches wurde festgestellt, dass in Potsdam 101 Bedarfsgemeinschaften in nicht angemessenem Wohnraum lebten. Zwischenzeitlich sind 18 Bedarfsgemeinschaften in angemessenen Wohnraum umgezogen.

Herr Ernst erläutert anhand einer Tischvorlage das Verfahren, welches durchgeführt wird, wenn die Wohnkosten unangemessen sind. Er weist darauf hin, dass die Richtlinie seit dem 01.01.2005 in Kraft ist und erläutert diese kurz.

Frau Geywitz stellt fest, dass die Anzahl der freien Stellen gestiegen ist.

Frau Sudau betont, dass seitens der PAGA alles getan wird, um diese Stellen zu besetzen. Oft sind dies Stellen, die sehr niedrig entlohnt werden. Aber auch die Besetzung von Stellen für bestimmte Fachkräfte ist mitunter schwierig.

Frau Schulze verweist auf die S. 28 der ausgereichten Unterlagen der PAGA. Sie bittet um Aufschlüsselung der Umzugskosten als Anlage an das Protokoll. Bezüglich der Barauszahlungen fragt sie, welche Gründe hierfür vorliegen. Sie stellt fest, dass ab 01.07.2006 die Angleichung der Regelleistungen erfolgt und diese in die Berechnungen einbezogen werden muss. Ist dies mit dem derzeitigen Personal umsetzbar? Frau Schulze bittet um Information, wer die Teilnehmer am Runden Tisch sind.

Herr Ernst erklärt, dass der Runde Tisch aus Mitarbeitern des Fachbereiches Soziales, Wohnen und Senioren, der Agentur für Arbeit sowie Herr Thomann und Frau Kitzmann von der PAGA sind.

Frau Sudau erklärt, dass Barzahlungen zustande kommen, wenn Antragsrückstand besteht, aber auch wenn ein Antragsteller kein Konto hat. Es wird immer versucht, die Barauszahlungen so gering wie möglich zu halten. Zur Angleichung der Regelleistungen ist ein erneuter Aufwand nötig. Hier gibt es bisher noch keinen Hinweis, wie dies verfahrenstechnisch geregelt wird. Daher kann derzeit der Aufwand noch nicht eingeschätzt werden. Sie sagt zu, die Aufschlüsselung zu den Wohnbeschaffungskosten, Mietkaution und Umzugskosten als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Lotz weist darauf hin, dass der Seite 28 der Unterlagen auch zu entnehmen ist, dass die Übernahme von Mietschulden im IV. Quartal erheblich gestiegen ist.

Frau Sudau betont, dass diesbezüglich die Diskussion am Runden Tisch geführt wird.

Herr Ernst erklärt, dass hier größere Beträge ausgereicht werden, die dann in kleinen Raten zurückgezahlt werden. Das IV. Quartal beinhaltet auch die Betriebskostenabrechnungen. Die Aufschlüsselung wird als Anlage nachgereicht.

Herr Krause fragt, ob es in der Verwaltung Erkenntnisse gibt, dass Kreditinstitute sich weigern, Konten einzurichten.

Frau Sudau betont, dass sich die Kunden oft weigern, ein Konto einzurichten.

Frau Schulze bittet um die Ausreichung der Prüfergebnisse zur Frage 3 der Fraktion Die Linke.PDS als Anlage zum Protokoll.

Frau Sudau informiert, dass es bei zwei Prüfungen Beanstandungen gab.

Herr Fröhlich fragt, ob es eine Kundenbefragung gibt, wie sich diese behandelt fühlen. Er fragt auch, ob bei den Kunden nachgefragt wird, warum diese kein Konto haben.

Frau Sudau weist auf die wissenschaftliche Begleitung hin. In diesem Rahmen gab es im August 2005 eine Befragung von Kunden und Mitarbeitern. Die nächste Befragung wird in Kürze durchgeführt.

Herr van Leeuwen fragt, ob ALG II auch weiterhin als ein Instrument gesehen wird, dass die Entwicklung des Arbeitsmarktes positiv beeinflusst.

Frau Sudau macht deutlich, dass die PAGA keine Arbeitsmarktpolitik betreibt. Hier wird lediglich Ausgleichsarbeit geleistet. Sie betont aber auch, dass die Kontakte zur Wirtschaft verbessert werden müssen.

Frau Busch fragt, ob die 18 Bedarfsgemeinschaften, die sich angemessenen Wohnraum gesucht haben, auch unterstützt worden.

Herr Ernst erklärt, dass diese unterstützt worden sind.

Herr Jutzi hat Informationen, dass Mietkautionen nur an Pro Potsdam GmbH gezahlt wurden, nicht aber z.B. an Semmelhaack.

Frau Sudau kann dies nicht bestätigen. Dies ist immer im Einzelfall zu prüfen.

Herr Ernst bekräftigt die Aussagen von Frau Sudau und verweist auf die Regelung in der Arbeitsanweisung zu Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II und SGB XII vom 01.01.2005.

Frau Schulze weist darauf hin, dass nach 7 Monaten wegen fehlender Bemühungen die Leistungen auf ein angemessenes Maß gekürzt werden. Was ist hier ein angemessenes Maß.

Herr Ernst sagt zu, die Erläuterung schriftlich nachzureichen.

**zu 4**      **Berichterstattung orientiert an Sozialräumen**  
**Vorlage: 06/SVV/0092**

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Ernst regt von Seiten der Verwaltung an, in den Antragstext aufzunehmen, dass eine integrierte Berichterstattung erfolgen sollte. Auch sollte die Frist von mindestens einen halben Jahr aus dem Antragstext gestrichen werden.

Frau Schulze übernimmt die Anregungen der Verwaltung.

Herr Näder spricht sich gegen den Antrag aus. Die Berichterstattung durch die Verwaltung ist aus seiner Sicht umfassend und gut.

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ab dem Jahr 2006 werden der

- Sozialbericht,
- Gesundheitsbericht und
- Behindertenbericht

**in einer integrierten Sozialberichterstattung** unter Berücksichtigung der Sozialräume der Stadt Potsdam erstellt.

Die Verwaltung stellt den Stadtverordneten und ihren Fraktionen die Themenvorschläge **für eine integrierte, sozialraumorientierte Sozialberichterstattung** an die Stadtverordnetenversammlung Potsdam zur Diskussion vor.

Die abschließende Bestätigung der Themen erfolgt durch den Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        6

Ablehnung:           1

Stimmhaltung:     1

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 5**      **Bilanz der PAGA**  
**Vorlage: 06/SVV/0093**

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Ernst weist darauf hin, dass ein Bericht im April in der StVV zeitlich nicht zu realisieren ist.

Frau Geywitz macht deutlich, dass dieser Bericht aus ihrer Sicht entbehrlich ist, da sich der Ausschuss für Gesundheit und Soziales regelmäßig mit diesem Thema befasst. Hierzu muss der Oberbürgermeister nicht noch zusätzlich einen Bericht vor der Stadtverordnetenversammlung geben.

Herr Buchholz schließt sich dem an. Es gibt regelmäßige Information im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, auch die Transparenz ist gegeben.

Herr Krause macht deutlich, dass hier auch die Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeister die Verantwortung übernehmen sollten und diese nicht immer auf den Ausschuss für Gesundheit und Soziales herunter delegieren.

Frau Paulsen weist darauf hin, dass im Ausschuss regelmäßig berichtet und auch auf Probleme hingewiesen wird. Auch der Oberbürgermeister berichtet hierzu in der Stadtverordnetenversammlung. Sie hält einen zusätzlichen Bericht für kontraproduktiv.

Frau Basekow betont, dass bestimmte Dinge auch in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden sollten.

Frau Geywitz weist auf die ausführlichen Unterlagen hin, die auch in den Fraktionen diskutiert werden können.

Frau Schulze gibt eine persönliche Erklärung ab.  
Sie äußert ihren Unmut darüber, dass Frau Geywitz findet, dass sich der Oberbürgermeister mit derartigen Dingen nicht beschäftigen muss.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der für März 2006 angekündigten Berichterstattung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales der Stadtverordnetenversammlung bis zum April 2006 einen Bericht zur bisherigen Tätigkeit der PAGA einschließlich von Schlussfolgerungen zu notwendigen Veränderungen aus städtischer Sicht vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 5

Stimmhaltung: 0

*Der Antrag wird abgelehnt.*

**zu 6 Mitteilung über außer- und überplanmäßige Ausgaben des Fachbereiches Soziales, Wohnen und Senioren sowie des Bereiches Gesundheitsamt im Zeitraum 01.01.2005 - 31.12.2005  
Vorlage: 06/SVV/0177**

Herr Ernst bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Insbesondere weist er auf die Erhöhung des Stiftungsvermögens der Stiftung Altenhilfe hin. Auf Nachfrage erklärt er, dass es sich bei der nicht besetzten Kinderarztstelle um eine halbe Stelle handelt, die jetzt extern ausgeschrieben wird.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 7 Bürgerhaushalt 2006 - Liste der Bürgerinnen und Bürger**

Frau Schulze fragt, inwiefern das Votum für den Haushalt 2006 relevant ist. Sie macht deutlich, dass dies in den Haushalt 2007 einfließen sollte.

Frau Geywitz betont ebenfalls, dass das Votum prioritär in den Haushalt 2007 einfließen sollte.

Mit folgenden Vorschlägen hat sich der Ausschuss befasst:

**Vorschlag:**

- Soziale Infrastruktur, kulturelle Vielfalt, funktionierender ÖPNV, soziales Durchmischung in Wohngebieten; Bildung und Wissenschaft
- Beibehaltung der Förderung der Freien Träger im soziales Bereich
- Gesicherte finanzielle Mittel für Kinder und Jugendliche und Behinderte

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem Vorschlag wird zugestimmt.*

**Vorschlag:**

- teilweise Finanzierung durch Sparzuschüsse der einzelnen Träger – Grund: langfristige eigene Sicherung

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 1

*Der Vorschlag wird abgelehnt.*

**Vorschlag:**

- Neubewilligung nur bei Veränderung  
(Vorgeschlagen wurde, neue Anträge – etwa für Wohngeld – nur dann stellen zu müssen, wenn sich an der persönlichen Situation des Bürgers etwas verändert hat, statt jährlich eine Neubewilligung einholen zu müssen.)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

*Der Vorschlag wird abgelehnt.*

**Vorschlag:**

- Ehrenamtlichenmanagement  
(Vorgeschlagen wurde, das Ehrenamtlichenmanagement seitens der Stadt auszubauen und zu verstärken. Das betrifft sowohl die Koordination als auch die Anerkennung des Engagements.)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem Vorschlag wird zugestimmt.*

**zu 8      Sonstiges**

Herr Näder bittet, in der nächsten Sitzung des Ausschusses die Unterbringung von Suppenküche und Potsdamer Tafel zu thematisieren.

Frau Geywitz sagt dies zu.

Frau Schulze bittet, vor der Sommerpause um Informationen zur Umsetzung des Ehrenamtspasses.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:**

**25. April 2006, 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses**

**Klara Geywitz**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Protokoll**